

Nachtrag zum VSEG-Standpunkt September-Session

Sehr geehrte Damen und Herren

Der VSEG hat via Mitteilung von Kantonsrätinnen und Kantonsräten erfahren müssen, dass das Bau- und Justizdepartement (BJD) bzw. das Amt für Tiefbau und Verkehr (AVT) und nicht zuletzt der Regierungsrat mit dem Global-Budget Öffentlicher Verkehr versucht, den Einwohnergemeinden ohne Rücksprache und Vorinformation einen Zusatzkredit von prognostizierten Corona-Mehrkosten «unterzujubeln». Das ist politisch nicht zu akzeptieren und widerspricht sämtlichen staatspolitischen Regeln!

SG 0048/2021

Globalbudget Öffentlicher Verkehr für die Jahre 2022 und 2023

Der VSEG empfiehlt dem Kantonsrat, das Global-Budget Öffentlicher Verkehr für die Jahre 2022/2023 in dieser Form abzulehnen bzw. anzupassen (ohne Minderertragsbeteiligung Einwohnergemeinden).

Dass hier der Regierungsrat zusammen mit den Fachkommissionen den Einwohnergemeinden unangekündigt und ohne Vorinformationen Fr. 2'082'200.00 fiktive bzw. prognostizierte Corona-Mehrkosten im Rahmen dieses Global-Budgets übertragen will, kann nicht akzeptiert werden. Wie in anderen Bereichen (bspw. Coronaentschädigungen soH) ist es bei kantonalen Leistungsfeldern - wie dies beim Öffentlichen Verkehr der Fall ist – klar, dass der Kanton die durch Corona verursachten Mehrkosten bzw. Mindererträge vollumfänglich selbst finanziert.

Redaktionsteam VSEG-Standpunkt:

- Roger Siegenthaler, Präsident VSEG
- François Scheidegger, Vize-Präsident VSEG
- Thomas Blum, Geschäftsführer VSEG